

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tagesblatt Rieser
Hermann Nr. 20
Postfach Nr. 52

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1582,
Straßen:
Rieser Nr. 52.

Nr. 262.

Dienstag, 8. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2.14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Angeigentel: Wilhelm Dittich.

Die weitere Entwicklung nach der Reichstagswahl. Kein Kurswechsel der Reichsregierung beabsichtigt. Die Möglichkeiten. Der neue Reichstag. Erste Sitzung voraussichtlich am 6. Dezember.

Die Reichstagswahl hat den Verlauf genommen, den man eigentlich voraussehen konnte. Es gab diesmal — im Gegensatz zu früheren Wahlen — keine Überraschungen. Die Regierung war ausgesprochen, um die schwarz-braune Mehrheit zu zerlegen und das ist ihr gelungen. Sie ist demnach als Sieger anzupreisen. Freilich kann sie mit diesem Siege wenig anfangen. Denn jetzt sind ja die Mehrheitsbildungen noch schwieriger, jetzt ist es noch komplizierter, mit dem Reichstage eine gezackte Politik zu treiben. Und man wird sich mit Recht fragen, was nun zu geschehen hat.

Die Regierung muß, darüber ist man sich klar, die Führung übernehmen, sie muß versuchen, wenn sie mit dem Reichstage arbeiten will, eine Koalition zu bilden. Eine ist nur möglich: eine Bindung zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum. Ob diese Bindung sich herbeiführen läßt, ist heute noch eine unentschiedene Frage. Jedenfalls nur dann, wenn die Regierung selbst große Konzessionen macht. Nun heißt es aber, die Regierung gedenke nicht, aus dem Wahlergebnis Konsequenzen zu ziehen. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß es mehr als ihres Amtes ist, auszuhalten und die Notwendigkeit eines Präzidentenkabinetts zu betonen. Freilich kann damit zwar ein Koalitionsgespräch aufgenommen aber nicht zum Ergebnis geführt werden. Und deshalb sind alle Schlussfolgerungen gewagt.

An eine neue Reichstagsauflösung ist kaum zu denken. Der Reichstag soll ja das verfassungsändernde Gesetz und damit das neue Wahlrecht beraten, eine verfassungsmäßige Aufgabe erfüllen, die erst eine gründliche Wenderung der Parteiverhältnisse in Deutschland erreichen läßt. Wenn nun die Regierung ohne feste Mehrheit dem Reichstag die große Frage vorlegen will, ob er geneigt ist, der Verfassung eine in vielen entscheidenden Punkten neue Gestalt zu geben, so wird sie wahrscheinlich eine andere Taktik einschlagen und in engen Verhandlungen mit den Parteien und meistentheils Konzeptionen ein Gesetz vorbereiten müssen. Nun gehört aber dazu eine Zweidrittel-Mehrheit, und es ist nicht zu übersehen, daß trotz der Verluste der Sozialdemokraten, die Linke jetzt ebenso stark geblieben ist, durch den kommunistischen Gewinn. Also sind eigentlich alle Überlegungen, den Reichstag für die nächsten Aufgaben politisch zu machen, überflüssig. Es dreht sich demnach jede Überlegung im Kreise, und so viele denn und über aber bewältigt werden, in der letzten Konsequenz erweist die Gefahr des für jede Aktion beschlußunfähigen Reichstags unüberwindlich.

Da gerade für die Regierungspläne also keine Aussichten bestehen, werden neue Wege gesucht werden müssen. Es ist nun aber schwer, heute schon die Möglichkeiten anzudeuten. Die Regierung hat wiederholt versichert, in den schwerwiegenden Fragen den verfassungsmäßigen Weg gehen zu wollen. Sie kann demnach — sieht man von einer Wenderung ihrer Absichten ab — die großen Ziele verfolgen und sich Aufgaben zuwenden, unter dem Gesichtspunkt einer einfachen Mehrheit. Weitere Wege stehen ihr im Reichstage nicht offen.

Mit einer Vertagung des Reichstags auf lange Sicht oder sogar Auflösung und Neuwahlen ist nichts erreicht. Unter dem jetzigen Wahlrecht kann keine Verschiebung der Parteistärke eintreten, so daß sie sich verfassungsmäßig auswirken läßt. Es ist aus diesem Grunde nicht daran zu denken, daß die nächste Zeit bereits einschneidende Maßnahmen bringt, die Verfassungsänderung wird einer späteren Zeit vorbehalten bleiben müssen.

Wir werden erleben, daß sich die bürgerlichen Parteien um die Macht und den Einfluß streiten, und daß auf der Linken von neuem das Bemühen um die Einheitsfront eintritt. Auch eine Führung durch die Regierung wird eine Notwendigkeit sein und eine Koalition nur dann erreichen, wenn die Parteibindung nicht zu stark belastet wird. Freilich glauben aber Nationalsozialisten und Zentrum gerade durch den entscheidenden Ausschlag der Deutschnationalen stark gehemmt zu werden. So wird es Augenblicklich schließlich in der Hand haben, ob eine Brücke zwischen den Rechtsparteien zu bauen ist und auch große Konzessionen machen müssen, wenn er positive Reichstagsarbeit erreichen will, Arbeiten, die eine Annäherung an die neue Richtung zeigen, und schwere Belastungen hinauschieben.

Es ist ein Dreiben im Kreise. Verworren erscheint, was man sagen muß. Und doch ist das erklärlich, denn man kann keine Möglichkeit bis zur letzten Konsequenz ausschöpfen. Es zeigen sich keine endgültigen Lösungen. Immer steht vor einem guten Ausweg das unüberwindliche „Wenn“. Wenn also Koalitionsbildung möglich ist, kann sie nur vorsichtig operieren. Wenn keine Koalition zustande kommt, kann die Regierung nur auf Grund der Präzidentenmacht antworten. Wenn die Regierung führen will, muß sie Parteieinflüsse gelten lassen und Konzessionen machen. Und so stehen wir vor diesem „Wenn“.

nd. Berlin. Nach den amtlichen Feststellungen des Reichswahlleiters umfaßt der neue Reichstag 582 Abgeordnete. Davon entfallen bekanntlich auf die Nationalsozialisten 186, auf die Sozialdemokraten 121, auf die Kommunisten 100, auf das Zentrum 69, auf die Deutschnationalen 51, auf die Bayerische Volkspartei 19, auf die Deutsche Volkspartei 11, auf die Christlich-Sozialen 5, auf die Deutsche Bauernpartei 8, auf die Deutsche Staatspartei 2, auf die Wirtschaftspartei 2, auf den Württembergischen Bauern- und Weinbauernbund 2 und auf den Thüringer Landbund und die Deutsch-Dannoverische Partei je ein Abgeordneter. Bei den Mandaten der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei wird möglicherweise noch eine Wenderung eintreten, da auf Grund des Wortlauts des Wahlabkommens zwischen beiden Parteien die Bayerische Volkspartei noch einen 2. Sitz beansprucht, so daß der Wirtschaftspartei nur ein Sitz bleiben würde. Bei der Wirtschaftspartei ist also mit Sicherheit bisher nur Prof. Dr. Bredt gewählt, während das Mandat des Abg. Köster noch zweifelhaft bleibt. Die beiden staatsparteilichen Abgeordneten sind der frühere Reichsfinanzminister Dietrich und der württembergische Minister Maier. Die Witten für die letzte Reichstagswahl sind gegenüber denen vom Juli im übrigen kaum verändert worden, so daß bei allen Parteien die bekannteren Abgeordneten wiedergewählt sind. Bei den Sozialdemokraten führen der langjährige Haushalts- und Wirtschaftswortführer Hugo Helmman und die württembergischen Abgeordneten Reil und Hildebrand nicht wieder, da sie nicht mehr kandidiert haben. Der Gewerkschaftsführer Grafmann ist zwar in Hamburg nicht wieder aufgestellt worden, dafür aber auf der Reichsliste gewählt worden. Damit ist aber zugleich, da die Stimmen für ein weiteres Mandat nicht reichten, ein anderer bekannter Gewerkschaftler nicht wiedergewählt worden, Farnow. Die deutsch-nationale Fraktion wird wahrscheinlich über ihre 51 Mitglieder hinaus noch eine Verstärkung erfahren, da die gewählten Landbund-Abgeordneten sich wahrscheinlich, wie in früheren Fällen, den Deutschnationalen anschließen werden. Die Frauen sind im neuen Reichstag ungefähr ebenso stark vertreten, wie im letzten. Die sozialdemokratische Fraktion zählt statt bisher vierzehn jetzt dreizehn weibliche Mitglieder, während die Kommunisten die Zahl ihrer

Frauen von zwölf auf dreizehn erhöht haben. Beim Zentrum sind von bisher sechs Frauen fünf wiedergewählt worden. Bei den Deutschnationalen werden wahrscheinlich wieder drei Frauen sein. Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei stellen je eine. Alle übrigen Parteien haben keine Frauen in ihren Reihen. Die Zahl der Frauen im neuen Reichstag dürfte danach 38 betragen, während im alten Reichstag 37 gewählt waren.

Die Wahlbeteiligung betrug diesmal 80 Prozent gegenüber 84 im Juli. Die Zahl der Wahlberechtigten wird gegenwärtig auf 44,5 Millionen geschätzt, von denen mehr als 35 Millionen ihre Stimme abgegeben haben.

Seit vielen Jahren zum ersten Male entziehen durch die diesmalige Reichstagswahl im Reichstagsgebäude keine Platzmängel. Nach der Wahl wurde für 600 Abgeordnete Platz geschaffen werden, was zur Folge hatte, daß man bis auf die erste Reihe sämtliche Plätze besetzen mußte. Auch jetzt ist es allerdings nicht möglich, die Plätze wieder einzubauen, zumal dadurch unnötige Kosten entstehen. Da aber 26 Abgeordnete weniger gewählt sind und infolgedessen ebenso viele Plätze frei werden, wird es möglich sein, durch Herausnahme einiger Plätze die Zugänge zu den Sitzreihen etwas zu erleichtern und namentlich die an den Enden geschaffenen Nischen wieder aufzubauen.

Das endgültige Wahlergebnis wird durch den Reichsmahlausschuss in etwa 10 Tagen festgestellt werden. Früher wird die Reichsregierung auch den Termin des ersten Zusammentritts des Reichstages kaum festlegen. Nach der Verfassung muß der Reichstag am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten. Das wäre am 6. Dezember, einem Dienstag, und es ist auch nicht damit zu rechnen, daß der Reichstag zu einem früheren Termin einberufen wird. Alterspräsident wird diesmal der nationalsozialistische Abg. Vismann sein, der auch Alterspräsident des Preussischen Landtages ist.

Ihre Freifahrtskarte erhalten die neuen Abgeordneten vom Tage der Feststellung ihrer Wahl ab, Distanz dagegen erst einen Tag vor Zusammentritt des neuen Reichstages, also von Anfang Dezember ab. Die Abgeordneten des alten Reichstages behalten die Freifahrtskarte noch bis zum 8. Tage nach der Wahl. Distanz haben sie nur bis zum Neuwahltag, also bis zum 6. November, bekommen.

das in unterer Politik zur stabilen Erscheinung laßt, jene Aussicht und logische Entwicklung verbaut. Schon immer sind wir von keinen Entschlüssen oft abhängig gewesen und auch heute angezogen auf die Klärung vieler Fragen, auf die Beteiligung demnach von sich türmenden Dibernissen. Die deutsche Politik und die deutsche Parteigestaltung ist tatsächlich das richtige Abbild der ungeklärten, gärtenden Zeit.

Die neue Lage.

« Berlin. Unter der Ueberschrift „Nationale Einigung notwendig!“ steht sich in der Berl. Bfrenzig, deren Chefredakteur Dr. Richard Hägler mit dem Ergebnis der Wahlen auseinandersetzt. Er schreibt u. a.: Die eigentliche Bedeutung des getrigen Wahlergebnisses liegt in den Veränderungen, die die Stärke der Rechtsparteien erfahren hat. Die nationalsozialistische Partei hat sich verteuert lassen, ihre Opposition gegen die Regierung Wapen zu einer über alle Massen heftigen Propaganda gegen alle diejenigen Kreise ausarten zu lassen, die der Regierung Wapen die Möglichkeit zur Erprobung ihres Willens und ihrer Kraft lassen wollten. Auf diese Weise geriet die NSDAP in eine Klassenkampfposition gegen das Bürgerium schlechthin. Den Höhepunkt fand diese Taktik in der offiziellen Beteiligung der Partei am Berliner Verkehrsstreik, Seite an Seite mit den Kommunisten. Diesem verhängnisvollen Schritt haben keine sozialen, sondern nur parteipolitische Erwägungen zugrunde gelegen. Die nationalsozialistischen Führer wollten mit dieser Taktik, mit der Methode der Anwendung marxistischer Kampfmittel in die marxistische Front einbrechen. Man laßt, der Zweck heiligt das Mittel — aber dann muß notwendig das Mittel richtig gewählt werden. Das Wahlergebnis zeigt, daß das Mittel untauglich war. Der Einbruch in die marxistische Front ist nicht gelungen, und die Wahl der Kampfmittel hat nur dazu geführt, daß viele hunderttausende bisher nationalsozialistischer Wähler ihrem Abscheu über die Klassenkampfmethode gehern deutlich Ausdruck gegeben haben. Die nationalsozialistischen Führer sind um eine bedeutungsvolle Erfahrung reicher. Wer das deutsche Vaterland liebt, und wer mit uns der Ueberzeugung ist, daß die Rettung Deutschlands nur aus der nationalen Einigung kommen kann, muß nunmehr der Hoffnung leben,

daß die Nationalsozialisten jetzt das harte Prinzip des Kampfes gegen alle aufgeben und ihrerseits nichts tun, was dieser nationalen Einigung neue Hindernisse in den Weg legt. In diesem Sinne möchten wir annehmen, daß man in München in ruhigerer Stunde auch ruhiger über die neue Lage denkt, als es in einem, offensichtlich in der ersten Erregung über das Wahlergebnis niedergeschriebenen Aufsatz Hüllers der Fall ist. Der Weg des fortgesetzten Kampfes ist weder für die Partei noch für die Nation gangbar und nützlich. Jetzt muß der Weg gefunden werden, der das Volk vor neuen Verunreinigungen und parteipolitischen Kämpfen innerhalb der Rechten bewahrt, und der eine Regierung der nationalen Zusammenfassung mit dem Vertrauen aller national denkenden Deutschen zusammenführt.

Heute Wahltag in Amerika.

New York. (Funkfunch.) Die Vereinigten Staaten stehen heute im Zeichen der Präsidentenwahl. Die Zahl der männlichen und weiblichen Wahlberechtigten beläuft sich auf rund 47 Millionen. Die Kabarets und Cafés dürfen bis 5 Uhr früh offen halten, um ihren Besuchern die Wahlergebnisse mitteilen zu können. Die Verfehrsgesellschaften, die der Beförderung von Reisenden zu Lande, zu Wasser oder in der Luft dienen, werden ihre Fahrpläne während der Reise durch Funkfunch über die Wahlergebnisse ebenfalls auf dem Laufenden halten.

Der Berliner Verkehrsstreik zusammengebrochen.

Wieder voller Betrieb bei der NSD. Berlin. Nachdem gestern in der geheimen Zentralleitung der NSD, Unstimmigkeiten ausgebrochen waren, die eine reibungslose Weiterführung des Streiks gefährdeten, wurde allgemein die Parole ausgegeben, die Arbeit wieder reiflos und bedingungslos anzunehmen. In den Morgenstunden meldeten sich sozial Arbeitwillige, daß der Betrieb wieder völlig fahrplanmäßig aufgenommen werden konnte.